

Die marode Musterdemokratie Costa Rica

Huhn, Sebastian

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Huhn, S. (2006). *Die marode Musterdemokratie Costa Rica*. (GIGA Focus Lateinamerika, 4). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-275277>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Die marode Musterdemokratie Costa Rica

Sebastian Huhn

Fast unbemerkt von der Weltöffentlichkeit wurde im lateinamerikanischen Superwahljahr auch in Costa Rica ein neuer Präsident gewählt. Am 5. Februar siegte der Expräsident und Friedensnobelpreisträger Óscar Arias Sánchez (*Partido Liberación Nacional*, PLN) mit einer Differenz von nur 1,1% der Stimmen vor Ottón Solís von der Mitte-Links-Partei *Partido Acción Ciudadana* (PAC). Die neue Regierung, die am 8. Mai die Amtsgeschäfte übernimmt, verfügt im Parlament über keine Mehrheit.

Analyse

Das Wahlergebnis beinhaltet eine klare Kritik der Bevölkerung an der politischen Elite des Landes. Die etablierten politischen Parteien handeln seit Jahren gegen die Bedürfnisse der Bevölkerung. Im Wahlergebnis spiegeln sich zentrale politische und soziale Krisen wider.

- Das traditionelle Zweiparteiensystem des Landes, das seit 1948 die Politik bestimmte, ist mit der Wahlniederlage der christlich-sozialen Partei und dem Aufstieg des PAC am Ende.
- Die Bevölkerung hat vor dem Hintergrund schwerwiegender Korruptionsskandale das Vertrauen in die alteingesessene politische Elite verloren.
- Das überraschend gute Ergebnis des erst vor fünf Jahren gegründeten PAC verdeutlicht die Stärke der wachsenden sozialen Protestbewegung gegen die Privatisierungen und den Freihandel.
- Arias siegte als charismatischer Spitzenkandidat, nicht als Vertreter eines politischen Programms. Dies könnte sich zum wunden Punkt einer Regierung entwickeln, die ohne Parlamentsmehrheit und gegen einen großen Teil der Bevölkerung regieren muss.

Key Words: Costa Rica, Wahlen, Korruption, Freihandel, Sozialstaat

Das Wahlergebnis

Óscar Arias Sánchez vom *Partido Liberación Nacional* (PLN) hat die Präsidentschaftswahlen vom 5. Februar mit einem knappen Vorsprung vor seinem Hauptkonkurrenten, dem Mitte-Links-Kandidaten Ottón Solís vom *Partido Acción Ciudadana* (PAC) gewonnen. Er konnte 40,9% der Wählerstimmen auf sich vereinen, während Solís 39,8% der Stimmen erhielt. Während Arias vor allem in den ländlichen Regionen in Führung lag, bekam Solís in den urbanen Zentren die meisten Stimmen. Mit 8,5% der Stimmen liegt der rechtsgerichtete Otto Guevara des *Partido Movimiento Libertario* (ML) auf dem dritten Platz. Der Kandidat der amtierenden christlich-sozialen Regierungspartei *Partido Unidad Social Cristiana* (PUSC), Ricardo Toledo, erhielt nur 3,6%. Der Abstand zwischen dem Expräsidenten und Friedensnobelpreisträger Arias und dem Shootingstar Solís beträgt lediglich 18.169 Stimmen. Insgesamt waren 2,5 Millionen Costaricaner zum Urnengang aufgefordert. Die Zahl der Stimmenthaltungen ist mit 34,8% für costaricanische Verhältnisse insgesamt sehr hoch, fügt sich aber in den Trend der vergangenen Wahlen ein.¹

Arias war bereits zwischen 1986 und 1990 Präsident des Landes. Ein Verfassungszusatz von 1969 schloss die erneute Kandidatur eines Expräsidenten bislang aus. Arias setzte sich allerdings seit Mitte der 1990er Jahre für die Aufhebung dieses Verfassungsgrundsatzes ein, um erneut kandidieren zu können. Im Jahr 2003 lockerte das Verfassungsgericht das Wiederwahlverbot. Expräsidenten dürfen sich jetzt – wie es auch die Verfassung von 1949 vorsah – nach zwei verstrichenen Legislaturperioden wieder zur Wahl stellen.

Offizielles Ergebnis der Präsidentschaftswahlen

Partei	Kandidat	Stimmen	Stimmen in %
Partido Liberación Nacional (PLN)	Óscar Arias	664.551	40,92%
Partido Acción Ciudadana (PAC)	Ottón Solís	646.382	39,80%
Partido Movimiento Libertario (ML)	Otto Guevara	137.710	8,48%
Partido Unidad Social Cristiana (PUSC)	Ricardo Toledo	57.655	3,55%
Unión Para el Cambio	Antonio Álvarez	39.557	2,44%
Andere		78.137	4,83%

Quelle: Tribunal Supremo de Elecciones.

¹ Die Zahl der Stimmenthaltungen ist die höchste seit 1958. 1998 beteiligten sich 30% der Wahlberechtigten nicht an den Wahlen; 2002 waren es 31,2% im ersten Wahlgang (Casas-Zamora 2005: 66-67).

Der Präsident und die zwei Vizepräsidenten werden in Costa Rica in einer geschlossenen Liste direkt gewählt. Mit Arias wurde die Politologin und ehemalige Ministerin für Öffentliche Sicherheit Laura Chinchilla Miranda zur ersten Vizepräsidentin ernannt. Zweiter Vizepräsident wurde der Anwalt Kevin Casas Zamora.

Wegen des enorm knappen und mehrfach angefochtenen Ergebnisses der ersten Hochrechnungen gab das oberste Wahlgericht (*Tribunal Supremo de Elecciones*, TSE) am 7. Februar bekannt, die maschinell ausgezählten Stimmen manuell nachzuzählen und das offizielle Ergebnis Ende Februar verkünden zu wollen.² Nachdem die Auszählung am 22. Februar abgeschlossen war, musste der TSE noch über 500 Anfechtungen oppositioneller Parteien prüfen, bevor er das amtliche Ergebnis der Präsidentschaftswahlen am 7. März verkünden konnte.

Offizielles Ergebnis der Parlamentswahlen

Partei	Sitze
Partido Liberación Nacional (PLN)	25
Partido Acción Ciudadana (PAC)	17
Partido Movimiento Libertario (ML)	6
Partido Unidad Social Cristiana (PUSC)	5
Partido Accesibilidad sin Exclusión (PASE)	1
Restauración Nacional (RN)	1
Frente Amplio (FA)	1
Partido Unión Nacional (PUN)	1

Quelle: Tribunal Supremo de Elecciones.

Das Ergebnis der Parlamentswahlen gab der TSE am 15. März bekannt. Der PLN wird zukünftig mit 25 Abgeordneten im 57-köpfigen Parlament vertreten sein, der PAC mit 17 Abgeordneten. Der *Movimiento Libertario* wird 6 Parlamentssitze bekleiden und der PUSC 5. Jeweils einen Parla-

² Obwohl Wahlen in Costa Rica in dem Ruf stehen, transparent und fair zu sein, wurden außergewöhnlich viele Einwände gegen den Wahlprozess und die Stimmenauszählung vorgebracht. Die meisten Beschwerden kamen aus den Rängen des PAC.

mentsabgeordneten stellen drei Provinzparteien aus San José und der *Partido Unión Nacional* (PUN) des ehemaligen costaricanischen Ombudsman José Manuel Echandi.

Damit hat der PLN keine Mehrheit im Abgeordnetenhaus. Arias und der PLN werden zukünftig bei allen wichtigen Fragen um die Stimmen der Parlamentarier anderer Parteien kämpfen müssen. Bei vielen Themen, für die eine einfache Mehrheit der anwesenden Abgeordneten ausreicht, wird sich der PLN wegen der programmatischen Nähe wahrscheinlich wechselweise mit dem ML oder dem PUSC einigen können. Bei zentralen Entscheidungen, die eine Zweidrittelmehrheit erfordern, wird ein Kompromiss jedoch nicht ohne starke Zugeständnisse an den PAC möglich sein. Im Falle des Freihandelsabkommens mit den USA verfügen die Befürworter momentan beispielsweise über keine ausreichende Mehrheit. Arias hat seinen ehemaligen Parteifreund Solís als Vertreter der zweitgrößten Parlamentsfraktion bereits vor seinem Amtsantritt zu persönlichen Gesprächen über die Themen Freihandel und Privatisierungen eingeladen.

Die Erosion der Parteienlandschaft

In Costa Rica galt bis zum Februar dieses Jahres das alternierende Prinzip eines Zwei-Parteien-Systems. Die Präsidentschaftswahlen gewann entweder der PLN-Kandidat oder der Kandidat der christlich-sozialen Partei. Beide Parteien wechseln sich seit 1948 in der Regierungsführung ab. Mit wenigen Ausnahmen stellten diese Parteien gemeinsam auch immer über 90% der Parlamentsabgeordneten.

Zwar gewann mit Arias und dem PLN wieder eine der traditionellen Parteien die Wahlen, dies jedoch mit einem weit geringeren Vorsprung als erwartet.³ Die christlich-soziale Traditionspartei PUSC musste jedoch die größte Niederlage einer Partei in der Geschichte Costa Ricas hinnehmen.

³ Seitdem Óscar Arias im Juni 2005 zum Präsidentschaftskandidaten des PLN nominiert worden war, schien sein überragender Sieg fest zu stehen. Umfragen sagten ihm im August 2005 über 62% aller Stimmen voraus. Die Zustimmungswerte sanken seitdem zwar stetig, aber selbst drei Tage vor der Wahl prognostizierten die Umfragen, dass Arias mit 42,6% der Stimmen nach wie vor gut 9% vor Solís liegen würde. In den Medien wurde Arias bereits seit über einem Jahr als der klare Sieger der Wahlen gefeiert.

Bei den Wahlen im Jahr 2002 erhielt ihr Kandidat im ersten Wahlgang noch 38,6% der Stimmen (und auch das war damals das schlechteste Ergebnis in der Geschichte des PUSC) und siegte im zweiten Wahlgang mit 58%. Mit den 3,6% bei diesen Wahlen ist das christlich-soziale Spektrum nun praktisch von der politischen Landkarte verschwunden.

Als der 2000 von Ottón Solís und anderen ehemaligen PLN-Mitgliedern gegründete PAC bei den Wahlen im Jahr 2002 dreizehn Parlamentssitze gewann und Solís 26,2% der Stimmen in den Präsidentschaftswahlen erhielt, sprach die Mehrheit der Kommentatoren noch von einer Protestwahl. Die beiden traditionellen Parteien, so wurde vermutet, würden sich bis zu den Wahlen im Jahr 2006 wieder weitgehend erholen können und Politik ginge in Costa Rica weiter wie gewohnt. Die Wahlen vom Februar 2006 zeichnen jedoch ein anderes Bild. Der PAC scheint sich dauerhaft als starker Mitbewerber zu etablieren. Hätte sich Arias nicht zur Wahl gestellt, hätte der PAC-Kandidat Solís vermutlich die Präsidentschaftswahlen gewonnen. Große Teile der Bevölkerung sehen im PAC, der sich klar gegen den Neoliberalismus und den Filz der politischen Elite positioniert und die Bevölkerung durch eine direktere Demokratie wieder mehr in die Politik einbeziehen will, mittlerweile die eigentliche sozialdemokratische Partei.

Im Wahlergebnis vom 5. Februar spiegeln sich die zwei zentralen Krisen der costaricanischen Gegenwart wieder: die Korruption der traditionellen politischen Eliten des Landes und die Konflikte um die Privatisierung der staatlichen Unternehmen und das Freihandelsabkommen mit den USA.

Die mangelnde Moral der politischen Elite

Costa Rica galt im internationalen Vergleich lange Zeit als ein wenig korruptes Land. Dennoch wurden seit den 1980er Jahren hochrangige Politiker immer wieder der Korruption, der Hinterziehung öffentlicher Gelder sowie der illegalen Wahlkampffinanzierung beschuldigt. In den 1980er Jahren gab es Vorwürfe gegen Politiker, Gelder aus dem Drogenhandel erhalten zu haben. Ende der 1980er Jahre wurde Expräsident Luis Alberto Monge (1982-1986) beschuldigt, er habe während seiner Amtszeit staatliche Gelder für seinen privaten Hauskauf verwandt. 2002 wurde den beiden großen Parteien PLN und PUSC vorgeworfen, Parteispenden in Millionenhöhe nicht abgeführt zu

haben. Teile dieser Spenden – so lautete der Vorwurf – stammten von Firmen aus Panama, Nicaragua, El Salvador und Taiwan.⁴ Parteienspenden aus dem Ausland sind in Costa Rica jedoch streng verboten. Der amtierende Präsident Pacheco wurde vor diesem Hintergrund mehrfach aufgefordert, sein Amt niederzulegen. Seine Regierung büßte nicht zuletzt wegen dieses Skandals immer mehr an Vertrauen in der Bevölkerung ein. Lange Zeit wurde die Korruption in der Öffentlichkeit heruntergespielt. Im Herbst 2004 überschlugen sich jedoch die Ereignisse, als die drei letzten Präsidenten des Landes wegen Korruption angezeigt und zwei von ihnen verhaftet wurden.

Miguel Ángel Rodríguez (Präsident von 1998 bis 2002) war am 23. Oktober 2004 als Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) vereidigt worden. In seiner Antrittsrede maß er der Korruptionsbekämpfung eine zentrale Rolle für die Stärkung der Demokratien in Lateinamerika zu. Nach nur siebzehn Tagen im Amt musste Rodríguez jedoch zurücktreten, da er in Costa Rica selbst wegen Korruption angeklagt worden war. Das französische Telekommunikationsunternehmen Alcatel hatte Schmiergelder an den Direktor des staatlichen Energie- und Telekommunikationsunternehmens *Instituto Costarricense de Electricidad* (ICE), Antonio Lobo, an Miguel Ángel Rodríguez und an andere Politiker des PLN und des PUSC gezahlt, um den Zuschlag für einen Großauftrag zum Ausbau des Mobilfunknetzes durch den costaricanischen Staat zu erhalten. Am 15. Oktober wurde Rodríguez, dem auch noch andere Fälle von Bestechungen vorgeworfen werden, bei seiner Rückkehr nach Costa Rica verhaftet und später unter Hausarrest gestellt.

Nur sieben Tage nachdem die Costaricaner mit ansehen mussten, wie einer ihrer Expräsidenten verhaftet worden war, wurde auch Rafael Ángel Calderón (Präsident von 1990 bis 1994) in Handschellen abgeführt und später unter Hausarrest gestellt.⁵ Er hatte sich selbst der Staatsanwaltschaft gestellt, nachdem er im Mai 2004 beschuldigt wor-

den war, 450.000 US\$ als „Provision“ getarnte Schmiergelder aus einem Kredit der finnischen Regierung unterschlagen zu haben, mit dem eine Firma im Auftrag der costaricanischen Regierung die staatlichen Krankenhäuser modernisieren sollte (Lehoucq 2005: 141).

Beide Politiker waren PUSC-Mitglieder. Die enorme Wahlniederlage der christlich-sozialen Traditionspartei erklärt sich aus den Korruptionsskandalen um die beiden Expräsidenten und den amtierenden Regierungschef Abel Pacheco, dessen Regierung darüber hinaus als eine der schwächsten und handlungsunfähigsten in der jüngeren Geschichte Costa Ricas gilt. Er selbst ist laut Umfragen der unbeliebteste Präsident seit Jahrzehnten (z.B. CID Gallup 2005).

Das Wahlergebnis verdeutlicht, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die alteingesessene politische Elite des Landes stark geschrumpft ist. Auch der PLN hätte ohne Arias als Präsidentschaftskandidaten mit einem schlechteren Wahlergebnis rechnen müssen, denn die Korruption ist kein alleiniges Merkmal des PUSC. Zahlreichen PLN-Politikern wird Bestechung, Veruntreuung und Betrug vorgeworfen. Das bekannteste Beispiel ist José María Figueres (Präsident von 1994 bis 1998). Seit Oktober 2004 wird Figueres beschuldigt, 2000 und 2001 neben anderen PLN-Politikern von Alcatel 900.000 US\$ für Beratertätigkeiten angenommen zu haben. Er musste vor dem Hintergrund dieser Vorwürfe von seinem Amt als Geschäftsführer des *World Economic Forum* zurücktreten (Lehoucq 2005: 141f.). Seither wurde der in der Schweiz lebende Expräsident mehrfach vergeblich aufgefordert, nach Costa Rica zurückzukehren, um sich einem Verfahren zu stellen. Ob die Geldzahlungen durch Alcatel gesetzwidrig waren, ist bislang ungeklärt. Viele Menschen in Costa Rica glauben jedoch nicht, dass es ein purer Zufall war, dass Alcatel einen Großauftrag durch den costaricanischen Staat erhielt, nachdem sie hohe Funktionäre und einen Expräsidenten als Berater eingestellt hatten.

Auch Arias ist in mehreren Fällen der Korruption durch Privatunternehmen und durch die Regierung Taiwans verdächtigt worden. Sein hoher Bekanntheits- und Beliebtheitsgrad konnten ein Wahlfiasco verhindern. Der Unmut der costaricanischen Bevölkerung wurde aber auch daran deutlich, dass Arias letztlich wesentlich weniger Stimmen erhalten hat, als ihm die Prognosen und die Medien zugesichert hatten.

4 Die Regierung Taiwans taucht in Costa Rica immer wieder im Zusammenhang illegaler Parteienspenden und Schenkungen an Politiker auf. Der Konflikt um die Anerkennung Taiwans durch China wird in Zentralamerika und der Karibik dadurch ausgefochten, dass Taiwan und China Regierungen zu „kaufen“ versuchen, um sich deren Stimme zu sichern.

5 Rodríguez und Calderón wurden im Oktober 2005 aus ihrem Hausarrest entlassen, da eine Untersuchungshaft nur für maximal ein Jahr verhängt werden darf.

Der Kampf um den Sozialstaat...

Privatisierungen sind in keinem zentralamerikanischen Land so stark umkämpft wie in Costa Rica. Die Energie- und Wasserversorgung sind nach wie vor staatliche Monopole. Die Telekommunikation, das soziale Versicherungswesen, die Gesundheitsversorgung und das Bankwesen sind inzwischen teilprivatisiert. Der Staat ist aber in den meisten dieser Bereiche nach wie vor der stärkste Akteur. Die internationalen Finanzinstitutionen sowie große inländische und ausländische Unternehmer und Investoren versuchen dies seit Jahren vergeblich zu ändern, um in diesen Bereichen privat investieren zu können.

Dass sich die Privatisierung der staatlichen Monopole und der Abbau der sozialstaatlichen Verantwortung in Costa Rica nicht so konfliktfrei durchsetzen lassen wie in anderen lateinamerikanischen Ländern, ist spätestens seit dem Jahr 2000 bekannt. Das Parlament – in dem die PLN- und PUSC-Abgeordneten gemeinsam über 88% der Sitze verfügten – beschloss damals die Privatisierung des staatlichen Energie- und Telekommunikationsunternehmens ICE. Weitere Privatisierungen hätten sich danach leichter umsetzen lassen. Beide Parteien hatten sich damit von einer der Grundfesten des costaricanischen Staates verabschiedet: dem Sozialstaatsprinzip und dem staatlichen Monopol in allen Bereichen der sozialen Grundversorgung. Eine parlamentarische Opposition existierte nicht. Die Umsetzung des Vorhabens schien also einfach. Das Parlament hatte jedoch die Gewerkschaften und andere Teile der Zivilgesellschaft unterschätzt. In den Wochen nach dem umstrittenen Parlamentsbeschluss wurden in San José zahlreiche Großdemonstrationen und Streiks durchgeführt, die teilweise in Straßenschlachten mit der Polizei ausufern. Der Protest gegen die Privatisierungsvorhaben ließ sich auch in der zentralamerikanischen Musterdemokratie nur mit dem Einsatz von Tränengas und Schlagstöcken eindämmen. Das Parlament musste die Privatisierung des ICE vor diesem Hintergrund vorläufig auf Eis legen. Alle Vorhaben, den Energieversorger letztlich doch zu verkaufen, sind seither an der großen zivilgesellschaftlichen Gegenwehr gescheitert. Ebenso verhält es sich mit der Entstaatlichung anderer Bereiche der sozialen Grundversorgung, wie beispielsweise dem Sozialversicherungswesen.

Vor dem Hintergrund eben dieser Konflikte um die Privatisierungen von Staatsmonopolen spaltete sich der PAC 2000 auf Initiative von Ottón Solís – der zwischen 1986 und 1988 Planungsminister unter Arias war – vom PLN ab, um die alten sozialstaatlichen Grundwerte der costaricanischen Gesellschaft zu verteidigen. Arias war seither der Wunschpräsident der Befürworter der Privatisierungen und des Freihandels. Seine Beliebtheit und sein Charisma sollten helfen, die Deregulierungen endlich durchzusetzen und sie der Gesellschaft schmackhaft zu machen. Dieselben Protagonisten hofften, dass der PLN mit Arias an der Spitze im Februar eine eindeutige Parlamentsmehrheit gewinnen würde. Der Wahlerfolg des PAC macht jedoch deutlich, dass es die Costaricaner mit der Verteidigung ihres Sozialstaats ernst meinen und dass große Teile der costaricanischen Gesellschaft die Vorstellungen von Ottón Solís teilen und seinen Feldzug gegen den Washington Konsensus unterstützen.

... und gegen den Freihandel

Gesellschaftlich ebenso stark umkämpft wie die Privatisierungen ist das Freihandelsabkommen zwischen den zentralamerikanischen Staaten, der Dominikanischen Republik und den USA. Seit sich US-Präsident George W. Bush nach seinem Amtsantritt im Jahr 2001 für die aus Zentralamerika stammende Idee eines *Central American Free Trade Agreement* (CAFTA) begeisterte, wurde ein entsprechender Vertragstext im Jahr 2003 mit hoher Geschwindigkeit ausgehandelt. Das Ziel war es, das Abkommen vor den kommenden Präsidentschaftswahlen in den USA (also vor dem November 2004) zu unterzeichnen, da der demokratische Präsidentschaftskandidat John Kerry bereits angekündigt hatte, das Zustandekommen des Vertrages verhindern zu wollen.

Der Abbau der costaricanischen Staatsmonopole in den wichtigen Bereichen der Grundversorgung spielt eine große Rolle im CAFTA-Vertrag, der inhaltlich weit über ein einfaches Freihandelsabkommen – spricht über den Abbau von Zollschränken – hinausgeht. Vertragskapitel über die Aufkündigung ausländischer Investitionsbeschränkungen und den Abbau von Handelshemmnissen im Dienstleistungsbereich setzen eine Liberalisierung der Staatsmonopole in Costa Rica voraus. In den Verhandlungen mit den USA hat die

Regierung eine weitgehende Aufkündigung des Telekommunikationsmonopols zugesagt. Eine Liberalisierung des Versicherungsmarktes konnten die USA vorerst nicht durchsetzen.

Große Teile der costaricanischen Gesellschaft, die Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Gruppen und der PAC befürchten einerseits, dass der CAFTA-Vertrag den Abbau des Sozialstaats quasi durch die Hintertür ermöglicht. Andererseits wird prognostiziert, dass das Abkommen verheerende Konsequenzen für die Landwirtschaft und den Dienstleistungssektor in Costa Rica hat. Die zentralamerikanischen Landwirte werden vor allem der Konkurrenz der billiger produzierten und darüber hinaus staatlich subventionierten US-Exporte nicht standhalten können (Fernández 2004: 232ff.).

Im Telekommunikationsbereich hat die costaricanische Regierung eine Liberalisierung in den Bereichen Internet und Mobilfunk zugesagt. Gerade die Gewinne aus diesen hochlukrativen Branchen ermöglichen dem ICE jedoch derzeit die Sicherstellung der Stromversorgung von immerhin über 90% der Haushalte und den Anschluss fast aller Gemeinden an das Telefonnetz. Diese Grundversorgung ist in den ländlichen Regionen ein Verlustgeschäft, das durch die wachsenden Märkte der mobilen Kommunikation und des Internets ausgeglichen wird. Die staatlich regulierten Telefonatarife gehören außerdem derzeit zu den weltweit niedrigsten (Fumero Paniagua 2004: 209). Einbußen könnten costaricanischen Unternehmen darüber hinaus vor allem in den Bereichen Tourismus und Verkehr entstehen. Costaricanische Dienstleistungsanbieter werden sich auf dem zentralamerikanischen Markt nur schwer gegen die US-amerikanische und transnationale Konkurrenz durchsetzen können. Umgekehrt werden sie sich in den USA kaum etablieren können.

Im Jahr 2005 wurden die CAFTA-Verträge von den USA, der Dominikanischen Republik und allen zentralamerikanischen Staaten außer von Costa Rica ratifiziert.⁶ In El Salvador trat das Abkommen am 1. März dieses Jahres in Kraft, in Nikaragua und Honduras am 1. April, und in Guatemala wird es voraussichtlich am 1. Mai in Kraft treten. Pacheco hat es wegen einer starken Opposition im Parlament und der anhaltenden

zivilgesellschaftlichen Proteste bislang nicht gewagt, das Abkommen zur Abstimmung zu stellen. Trotz des Drängens der einheimischen Industrie, der USA und der anderen zentralamerikanischen Staaten beschloss der amtierende Präsident, auf den Wahlsieg von Óscar Arias zu warten. Neben diversen einheimischen Finanzgruppen drängt vor allem die Textilindustrie auf die Ratifizierung. 80% der costaricanischen Textilprodukte werden in die USA exportiert. Tritt der CAFTA-Vertrag und damit die Präferenz für zentralamerikanische Produkte nicht in Kraft, wird die Textilbranche dem Preisdruck billiger chinesischer Waren nicht standhalten können (Minkner-Bünjer 2005).

Ottón Solís war mit dem Wahlversprechen angetreten, den CAFTA-Vertrag mit den USA neu verhandeln und dabei die starke Stellung der staatseigenen Unternehmen nicht preisgeben zu wollen. Grundlage der neuen Verhandlungen sollten der Erhalt des Sozialstaates und die Verbesserung der sozialen Situation der Kleinunternehmer und Landwirte sein. Es bleibt abzuwarten, wie standfest Solís gegenüber Arias, der mächtigen Wirtschaftslobby des Landes, den internationalen Finanzorganisationen und den Absichten der USA sein wird. Diese Interessengruppen haben die Bedeutung des Wahlergebnisses verstanden und den Kampf um die Ratifizierung des Freihandelsabkommens bereits aufgenommen. So drohte beispielsweise die costaricanische Textilindustrie kurz nach den Wahlen mit der Abwanderung in die zentralamerikanischen Nachbarländer, sollte das Parlament den Freihandelsvertrag nicht zügig ratifizieren. Nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses rief George W. Bush Arias an, um ihm noch einmal zu versichern, dass die USA dringend darauf warten, dass der CAFTA-Vertrag in Kraft tritt. Arias drängte seinerseits Ottón Solís, bei dieser wichtigen Parlamentsentscheidung mit dem PLN an einem Strang zu ziehen.

Ausblick

Der knappe Wahlsieg des berühmtesten Costaricaners verdeutlicht zweierlei: Óscar Arias kann sich – wie die Unterstützer seiner Präsidentschaftskandidatur hofften – fast alles leisten. Trotz Korruptionsvorwürfen, seiner von vielen kritisierten Arroganz, der Ankündigung einer massiven Steuererhöhung und seinem unpopulären Vorhaben, den Sozialstaat abzubauen, reicht sein Rückhalt in der

⁶ Das salvadorianische Parlament stimmte dem Abkommen sogar schon im Dezember 2004 zu. Der US-amerikanische Kongress ratifizierte den Vertrag mit einer knappen Mehrheit von 217 zu 215 Stimmen.

Bevölkerung für eine zweite Präsidentschaftszeit. Der Umstand, dass sein Wahlerfolg viel knapper ausfiel als erwartet, verdeutlicht aber auch, dass die sozialen Spannungen in der „Schweiz Zentralamerikas“ zunehmen. Costa Rica steht an einem Wendepunkt. Zwar waren auch hier Gleichheit und Brüderlichkeit immer eher ein Mythos als soziale Realität, dennoch blickt das Land auf ein umfangreiches sozialstaatliches Erbe zurück, das tatsächlich eine vergleichsweise gerechte Grundversorgung der Bevölkerung garantierte. Diese Tradition wird unter der kommenden Regierung in Frage gestellt werden. Arias will das Freihandelsabkommen in Kraft setzen, die Privatisierungen vorantreiben, Investoren günstiger besteuern und den maroden Staatshaushalt mit allgemeinen Steuererhöhungen sanieren. Das Wahlergebnis und die anhaltenden sozialen Proteste in Costa Rica zeigen, dass das Eis, auf dem sich Arias dabei bewegt, dünn ist. Seine Vorhaben muss er gegen den wachsenden Widerstand der Bevölkerung durchsetzen, deren Unmut durch die steigende Armut – 20% der Costaricaner leben mittlerweile unterhalb der nationalen Armutsgrenze – und die hohe Arbeitslosigkeit wächst. Darüber hinaus ist seit geraumer Zeit eine Verschärfung des sozialen Klimas auch daran abzulesen, dass sowohl die öffentlichen Diskurse über alltägliche Gewalt als auch die Fremdenfeindlichkeit innerhalb einer Gesellschaft zunehmen, die traditionell im Ruf stand, sich durch Pazifismus, Gutmütigkeit und Großzügigkeit auszuzeichnen (Huhn 2005). In den kommenden vier Jahren gilt es für die neue Regierung, die schwerwiegenden sozialen Probleme des Landes vor dem Hintergrund der Privatisierungs- und Freihandelsvorhaben nicht aus den Augen zu verlieren, um eine soziale Katastrophe und eine wachsende gesellschaftliche Desintegration zu verhindern.

In einem Zeitungsinterview antwortete Arias auf die Frage, warum er wieder um das Präsidentenamt kandidiere: „Viele Menschen haben mir gesagt: Sie können mehr als jeder andere Costaricaner, da sie die Führungskraft besitzen, viele der Probleme zu lösen, denen Costa Rica gegenübersteht.“⁷ Die Zahl der Menschen, die diese Einschätzung teilen ist gemessen am Wahlergebnis zwar hoch; sie ist jedoch gleichzeitig geringer, als Arias

und seine Unterstützer gehofft haben. Zivilgesellschaftliche Gruppen und die Gewerkschaften kündigten Arias bereits vier Jahre sozialer Kämpfe an, da sie davon ausgehen, dass seine Politik die sozialen Probleme des Landes verschärfen statt lösen wird.

In den nächsten Monaten wird sich zeigen, ob Ottón Solís und der PAC ihr Profil als Gegner des Neoliberalismus und Verteidiger des costaricanischen Sozialstaats schärfen können, oder ob sie dem Druck der Reformkräfte nachgeben müssen. Als neue sozialdemokratische Kraft könnte sich die Mitte-Links-Partei zukünftig neben dem PLN als eine von zwei Großparteien etablieren. Der (vorläufige) Untergang des PUSC – der sich programmatisch immer weniger vom PLN unterschied – hat gezeigt, dass sich die Partei um Solís dazu weiterhin klar gegenüber dem PLN positionieren muss.

Literatur und Internetquellen

- CID Gallup (2005): Public Opinion Survey, 104, Juli, www.cidgallup.com/archivos/bolcr104a-ingles.pdf.
- Fernández, Mario E. (2004): El TLC: repercusiones en el sector agropecuario de Costa Rica, en: Flórez-Estrada, María/ Hernández, Gerardo (Hrsg.): TLC con Estados Unidos. Contribuciones para el debate, San José, S. 231-248.
- Fumero Paniagua, Gerardo (2004): Costa Rica en el marco del TLC y sus consecuencias en el área de las telecomunicaciones, en: Flórez-Estrada, María/ Hernández, Gerardo (Hrsg.): TLC con Estados Unidos. Contribuciones para el debate, San José, S. 209-221.
- Huhn, Sebastian (2005): Einwanderungsdiskurse und Migrationspolitik in Costa Rica. Wandel und Konstanten in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der nikaraguanischen Migration seit den 1980er Jahren, Beiträge zur Lateinamerikaforschung, Bd. 18, Hamburg.
- Lehoucq, Fabrice (2005): Costa Rica: Paradise in doubt, in: Journal of Democracy, Vol. 16, No. 2, July.
- Minkner-Bünjer, Mechthild (2005): Zentralamerikas „China(alb)träume“: Herausforderungen und Zukunftsaussichten, in: Brennpunkt Lateinamerika, 17-05, Hamburg.

La Nación, www.nacion.com

Tribunal Supremo de Elecciones (TSE), www.tse.go.cr/IberoDigital – Das Pressearchiv des IIK, www1.uni-hamburg.de/IIK/IberoDigital/

⁷ Sitio especial de La Nación: Óscar Arias Sánchez. La primera reelección en 36 años (http://www.nacion.com/ln_ee/ESPECIALES/arias2006-2010/fallo.html).

■ Der Autor

Sebastian Huhn ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Iberoamerika-Kunde in Hamburg. Thematische Arbeitsschwerpunkte: Gesellschaftliche Diskurse über Gewalt und öffentliche Sicherheit, gesellschaftliche Integrations- und Desintegrationsprozesse, internationale Migration und Migrationspolitik. E-Mail: huhn@giga-hamburg.de

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Im Rahmen des von der DFG geförderten Projekts „Öffentlichkeiten und Gewalt in Zentralamerika“ untersucht das Institut für Iberoamerika-Kunde seit Januar 2006 die Konjunkturen gesellschaftlicher Diskurse über Gewalt und die Segregationsprozesse in Costa Rica, El Salvador und Nicaragua.

Weiter Informationen unter www.duei.de/iik/show.php/de/content/forschung/oeffentlundgewalt.html.

■ DÜI/GIGA-Publikationen zum Thema

Hoffmann, Bert (2002): Internet und Politik in Lateinamerika: Costa Rica, Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Bd. 55, Frankfurt am Main.

Huhn, Sebastian (2005): Einwanderungsdiskurse und Migrationspolitik in Costa Rica. Wandel und Konstanten in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der nikaraguanischen Migration seit den 1980er Jahren, Beiträge zur Lateinamerikaforschung, Bd. 18, Hamburg.

Minkner-Bünjer, Mechthild (2005): Zentralamerikas „China(alb)träume“: Herausforderungen und Zukunftsaussichten, in: Brennpunkt Lateinamerika, 17-05, Hamburg.

Minkner-Bünjer, Mechthild (2004): Freihandelsabkommen USA – Zentralamerika: Bleibt die regionale Integration auf der Strecke?, in: Brennpunkt Lateinamerika, 12-04, Hamburg.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der *GIGA Focus Lateinamerika* wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Detlef Nolte; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Ditta Kloth; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German ■ Institute of Global and Area Studies
Institut für Iberoamerika-Kunde

IMPRESSUM